

Gabriels Kohle-Kompromiss

Zwangswise Stilllegung von Kraftwerken offenbar vom Tisch

Berlin (dpa). Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) strebt eine schrittweise Reduzierung klimaschädlicher CO₂-Emissionen aus Kohlekraftwerken an.

Dabei will Sigmar Gabriel aber weiterhin nicht zwangsweise Kraftwerke stilllegen. Per Gesetz sollen alle fossilen Kraftwerke von 2016 bis 2020 pro Jahr rund 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger als heute ausstoßen. Darüber beriet er gestern mit Vorstandschefs von führenden Stromkonzernen.

Gabriel war unter Druck geraten, weil ohne eine Reduzierung von Emissionen im Kraftwerksbereich das deutsche Klimaziel von 40 Prozent weniger Treibhausgasausstoßen bis 2020 verpasst werden wird. Bislang hatte der Minister und SPD-Chef wiederholt klargemacht, ein gleichzeitiger Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft sei nicht möglich.

Um das nationale Klimaschutzziel zu erreichen, müsse der zusätzliche Minderungsbeitrag der Stromerzeugung mindestens 22 Millionen Ton-

nen CO₂ betragen, heißt es in einem Regelungsvorschlag Gabriels. Insgesamt gibt es nach bisherigen Berechnungen eine Lücke von 62 bis 100 Millionen Tonnen CO₂-Einsparungen bis 2020.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat ein Maßnahmenpaket zum Schließen der Lücke vorgelegt, darunter neue Anreize für energetische Gebäudesanierungen, um durch einen geringeren Energieverbrauch den CO₂-Ausstoß zu drosseln.

Aber die Vorschläge würden bisher nur Einsparungen

von maximal rund 50 Millionen Tonnen CO₂ bringen - die Einsparung im Kraftwerkssektor ist im Entwurf bisher offengelassen worden.

„Die Kraftwerksbetreiber können frei entscheiden, wie sie die ihnen auferlegten Minderungsbeiträge dauerhaft erbringen: Sie können sie gleichmäßig auf ihre Kraftwerke verteilen, auf einzelne Anlagen konzentrieren und zwischen Anlagen übertragen“, hieß es gestern. Damit werde den Betreibern ein Maximum an Flexibilität gewährt.

■ Meinung · Analyse